



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 063-2025
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.139

Eingereicht am: 12.03.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP) (Sprecher/in)
Dubler (Bern, GRÜNE)
Weber Hadorn (Ostermundigen, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt: Nein

RRB-Nr.: vom
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Schutz vor Gewalt und Zugang zu Unterstützung und Polizei für Sexarbeitende

Eine aktuelle Studie¹ im Auftrag von ProCoRe² – dem nationalen Netzwerk von Beratungsstellen für Sexarbeitende, dem auch die Berner Fachstelle Sexarbeit XENIA angehört – zeigt auf, dass Sexarbeitende in der Schweiz überproportional von Gewalt betroffen sind. Zu den häufigsten Gewaltformen gehören sexualisierte Gewalt durch nicht einvernehmliches Entfernen des Kondoms (sog. «Stealththing»), Diskriminierung, Beleidigungen und Diebstahl. Haupttäter dieser geschlechtsspezifischen Gewalt sind Freier, aber auch Salonbetreibende werden genannt.

Die Befragten geben an, bei Gewalterfahrungen Anlaufstellen zu nutzen. Die Studie zeigt jedoch auch, dass Sexarbeitende Gewaltdelikte nur sehr selten zur Anzeige bringen. Die Berner Beratungsstelle XENIA bestätigt dies. Die Studie nennt Misstrauen und Angst vor Diskriminierung und vor ausländerrechtlichen Konsequenzen als Gründe, weshalb Sexarbeitende bei der Polizei keine Hilfe suchen.

Wir bitten den Regierungsrat daher darzulegen, wie er sicherstellt, dass Sexarbeitende im Kanton Bern vor Gewalt geschützt sind und Zugang zu Unterstützung und Polizei haben.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche konkreten Massnahmen unternimmt der Kanton Bern, um Gewalt an Sexarbeitenden zu verhindern und Betroffene zu unterstützen?

¹ https://procore-info.ch/wp-content/uploads/2024/11/2024_Community_Report_ProCoRe_WEB-2.pdf
² <https://procore-info.ch/>

2. Welche weiteren Massnahmen braucht es aus Sicht des Regierungsrates, um Gewalt an Sexarbeitenden zu verhindern und Betroffene zu unterstützen?
3. Welche kantonalen Finanzhilfen fliessen in die Gewaltprävention und spezialisierte, niederschwellige Unterstützung von Sexarbeitenden durch Beratungsstellen?
4. Gemäss oben erwähnter Studie melden sich gewaltbetroffene Sexarbeitende nur selten bei der Polizei. Wie schätzt der Regierungsrat die Situation im Kanton Bern ein? Gibt es dazu statistische Grundlagen?
5. Wie stellt der Kanton sicher, dass sich gewaltbetroffene Sexarbeitende ohne gültigen Aufenthaltstitel an die Polizei wenden und Anzeige erstatten können, ohne ausländerrechtlich belangt zu werden?
6. Was unternimmt der Kanton bezüglich Spezialisierung, Aus- und Weiterbildung in Sachen geschlechtsspezifischer Gewalt und Sexarbeit für Mitarbeitende der Polizei und Justiz?
7. Gibt es im Kanton Bern eine spezialisierte Polizeieinheit, die für Sexarbeitende zuständig ist?
8. Gibt es im Kanton Polizistinnen und Polizisten mit nichtrepressivem Auftrag, die Vertrauen zu Sexarbeitenden aufbauen und bei Bedarf unterstützen? Falls ja, um wie viele Stellenprozent handelt es sich dabei?

Verteiler

– Grosser Rat